16

Die Weltspinnt

In Adelaide (Australien) sind erstmals Drillinge, die ihr Leben dem Reagenzglas verdanken, zur Welt gekommen. Auf Ersuchen der Eltern werden die Namen nicht bekanntgegeben. Interessierte Kreise wollen erfahren haben, es sei noch nicht klar, welches der drei Kleinen auf den Namen Rea, bzw. Genz, bzw. Glas hören solle. Ob die australischen Beamten wohl toleranter sind als die deutschen Kollegen? Diese hatten kürzlich verhindert, dass ein deutsches Kind auf den Namen «Grammophon» getauft wurde.

Auf den Namen «Maggie» hört jene englische Dame, die seit neustem auch noch an einem Knopfdruckwahn leidet. In einem Fernsehinterview gab sie zu, sie würde keinen Moment zögern, auf den Atomwaffen-Knopf zu drücken, falls Nato-Staaten angegriffen würden. Wie soll man da noch ruhig schlafen können, wenn besagte Dame nicht einmal fähig ist, ihre Kampfflugzeuge unter Kontrolle zu

halten: Ein britisches Düsenflugzeug landete kürzlich völlig unmotiviert auf einem spanischen Frachter im Atlantik. Was da die Matrosen vielleicht gestaunt haben! Vermutlich um nichts weniger als jener Fischer, der in Santa Barbara einen weissen Hal von 4,5 Metern Länge an Land gezogen hat. Bei der Ankunft auf dem Trockenen sei Letzterer zwar erschöpft, aber nicht tot gewesen und habe noch während Stunden seine blutigen Zähne gezeigt und böse mit den Augen gerollt.

Derart unfreundliche Gesten wird auch Ronald Reagan unternommen haben, als ihm zu Ohren kam, dass die grosse Mehrheit der Franzosen ihn weit weniger wichtig findet als den Papst. Vollends den Nuggi herausgeschletzt wird es ihm haben, als er hören musste, dass der dänische Aussenminister die sowjetische Position zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Nordeuropa als «interessant» bezeichnete. Zu solch pointierten Aussagen ist sonst nur noch unser Bundesrat Egli fähig: Es sei ein Privileg des Künstlers, die Rolle als Bürgerschreck zu spielen, äusserte kürzlich ausgerechnet Egli, diese Augenweide.

Ab Juni dürfen die Schweizer Bürger um Mitternacht mit einer Ohrenweide rechnen: Die schweizerische Vereinigung für geistige Landesverteidigung, Pro Libertate, hat mit einer Unterschriftensammlung durchgebracht, dass um diese Zeit die Nationalhymne «Trittst im Morgenrot an Ort» im Radio wieder gesendet wird. Dafür müssen die Mattscheiben-Freunde bis zu den Nationalratswahlen im Herbst auf das Gesicht des Fernseh-Bundeshausredaktors Marc-Roland Peter verzichten. Er kandidiert nämlich für die SVP, und da könnte er ja das Stimmvolk subversiv beeinflussen. Zum Beispiel so: Sönen Veierabend Piteinander - natürlich immer mit Betonung auf dem ersten Konso-

Das würde bestimmt auffallen, denn so sprechen sonst nur Leute, die eben den Zahnarzt konsultiert, haben. Hier und jetzt wollen wir einmal dieser bedauernswerten Gattung Mensch, den Zahnärzten, unser Mitleid kundtun. Laut einer Umfrage, belastet eine Behandlung diese nämlich aufs extremste. Besonders Mühe hätten sie mit Problempatienten, die bei jeder Gelegenheit den Mund aufreissen.



Fotos: Dominik Labhardt

WoZ-Blitz



«Bundesrat Friedrich (auf dem Podium rechts) überliess es Anwaltskammer-Präsident Peter Gloor, sich direkt mit den Demonstranten auseinanderzusetzen.» (BaZ, 6. Juni). Letzten Samstag sprach Bundesrat Rudolf Friedrich in der Aula der Universität Basel. Die Anwaltskammer feierte ihr 100-jähriges Bestehen. Friedrich sprach zum Thema «Wandel im Demokratieverständnis?» — und brachte sein Demokratieverständnis vollumfänglich ein.

Gegen Schluss setzte er sich doch noch mit den Demonstranten auseinander — diese hatten inzwischen den Saal auf Nowosti-Geheiss verlassen, um rechtzeitig an die Zentralmerika-Demo in Bern zu kommen — und mokierte sich über die «kleinen Geister»

Gegen zunehmende Kontrolle der Arbeitslosen

«Genug Papier produziert»

Unbeschränkter Taggeld-Anspruch bis zum effektiven Ende der Arbeitslosigkeit: Mindestentschädigung von Fr. 1500. - pro Monat; vier Wochen bezahlte Stempelferien pro Jahr: Stempelkontrolle nur noch alle 14 Tage; 35-Stunden-Woche für alle und Aufhebung des Personalstopps beim Bund: Das sind einige der wichtigsten Forderungen, welche letzten Samstag von rund 200 arbeitslosen Frauen und Männern an der ersten nationalen Arbeitslosenkonferenz in Biel beschlossen worden sind.

ma. Auf Bundesebene werden zur Zeit zwei Projekte diskutiert, welche die Arbeitslosenversicherung betreffen: Einerseits will sich der Bundesrat in der Junisession vom Parlament die Kompetenz erteilen lassen, die maximale Bezugsberechtigung von Arbeitslosen-Taggeldern von heute 150 auf 240 Tage zu erhöhen. Andererseits ist immer noch ein Entwurf für eine neue Vollzugsordnung zum Arbeitslosenversicherungsgesetz in der Vernehmlas-

sung. Diese Verordnung sollte auf den 1. Januar 1984 in Kraft treten. Sie sieht vor, dass neu auch während Krankheit oder Schwangerschaft Taggelder ausbezahlt werden, jedoch erst ab dem sechsten Tag. Damit hat sich's aber schon mit positiven Änderungen, denn gleichzeitig sollen in Zukunft nach 85 und 170 Tagen die Taggelder um je 10 Prozent gekürzt werden. Auch werden die Kassen zum Beispiel aufgefordert, bei erfolglosen Stellenbewerbungen bei den Arbeitgebern die Gründe für die Nichtanstellung abzuklären, um gegebenenfalls Strafen gegen den Arbeitslosen zu verhängen (Sperren der Taggelder).

Schon 1980 kritisierte die «Schweiz. Interessengemeinschaft für eine neue Arbeitslosenpolitik» (SINAP) in einem Weissbuch grundsätzlich die Stossrichtung der Arbeitslosengesetzgebung: Misstrauen, herabwürdigende Kontrollen und Schikanen für die Arbeitslosen, Willkür und Bürokratie auf den Ämtern, Zusammenarbeit mit den Unternehmern gegen jene, die von ihnen auf die Strasse gestellt worden sind: «In einem Wirtschaftssystem, zu dem das Phänomen Arbeitslosigkeit gehört wie der Knopf zur Hose,

darf der einzelne Arbeitslose erwarten, dass ihm wertungsfrei und ohne unterschwelliges Misstrauen ökonomische Sicherheit garantiert wird. Er ist ja nicht Verursacher der Arbeitslosigkeit, sondern ein Opfer wirtschaftlicher Entwicklungen.»

Der an der Arbeitslosenkonferenz beschlossene Forderungskatalog ist dementsprechend lang. Zu den oben erwähnten Forderungen kommen zum Beispiel: eine neue Definition der zumutbaren Arbeit, die den letzten Lohn aufrechterhält und die erworbene Ausbildung schützt; erweiterte Berufsberatung und bezahlte Umschulung: kein Nachweis der persönlichen Stellengesuche mehr; Steuererleichterungen; regelmässige Auszahlung der Taggelder; keine Wartefrist bei Krankheit; keine zusätzliche Diskriminierung der Frauen.

Vorwiegend Ratlosigkeit herrscht unter den organisierten Arbeitslosen in der Frage, wie diese Forderungen mit mehr Druck gestellt werden können. Oder wie es ein Mitglied der Berner Arbeitslosen-Selbsthilfe formulierte: «Papier haben wir viel produziert, jetzt sollten wir selbst zu Aktionen schreiten, statt dem Bundesrat zuzuschauen.»

Curti lanciert neues Frauenblatt

Im Herbst wird die schweizerische Modezeitschriften-Palette um einen neuen Farbtupfer reicher: Dann will Presse- und Detailhandel-Zar Beat Curti mit einer Schweizer Lizenzausgabe der französischen Zeitschrift 'Jardin de Mode' die interessierten Schweizer Frauen über Pariser Chic informieren.

Der Frauenzeitschriftenmarkt in der Schweiz ist hart umkämpft. 'Annabelle' steckt in der Identitätskrise und wird bedrängt vom im selben Verlag erscheinenden jungen 'voilà', das progressivere '(in)' musste nach zwei Nummern eingestellt werden, und kürzlich liess sogar Dauerrenner 'orella', von Zukunftsängsten geplägt, eine Marktstudie zur Erforschung der Schweizer Frau anfertigen, um danach sein Redaktionskonzept überprüfen zu können.

Curti hat deshalb vorsorglicherweise schon am 30. Mai in einem Versand die Werbebranche auf ihr Interesse an einem neuen Modeblatt hin abgeklopft. Die scheint sehr wohl interessiert an einer neuen Werbepostille, die sich durch ihren Inhalt — teure Mode, teure Kosmetik, keine Küchentips oder Rezepte — an wohlhabende Frauen richten wird. Einzig der geplante Erscheinungsrhythmus, vier bis acht mal pro Jahr, eignet sich schlecht für einprägsame Inserate. Der 'Jardin de Mode' soll einen Umfang von ca. 100 Seiten haben, und wird, vom Format her doppelt so gross wie der 'Beobachter', in einer Auflage von 20- bis 30'000 Exemplaren erschei-

Bombengrüsse

Drei Bombenattrapen sorgten vor Wochenfrist in Bern — laut «Bund»-Schlagzeile — für «Schrecken und Aufregung». Während mehreren Stunden war die Berner Stadtpolizei damit beschäftigt, die drei Fundplätze abzusichern und die vermeintlichen Bomben unter Mithilfe des wissenschaftlichen Dienstes der Stadtpolizei Zürich zu «entschärfen». Bei der WoZ ist inzwischen folgende anonyme Erklärung eingegangen:

wendet, um an derart exponierten Stellen keine Menschenleben zu gefährden.

■ Das Amtshaus haben wir gewählt, um damit gegen die unmenschlichen Haftbedingungen und die schleppende Arbeitsweise der Untersuchungsrichter zu protestieren.

● Das Haus von Geburtstagskind Marco Albisetti haben wir ausgewählt, weil der städt. Polizeidirektor für die zunehmend massiveren Polizeimethoden in Bern mitverantwortlich zeichnet: Observationen, Razzias, Telefonüberwachungen, vermehrter Einsatz von Foto, Video und Mikrofon, die totale Erfassung durch Dossiers und Datencomputer.

Die SBG-Filiale in der Länggasse haben wir ausgewählt, weil wir damit gegen den internationalen «Schweizerfranken-Banditismus» protestieren wollen. Das angebliche Bekennertelefon an den 'Blick' («Ein Geldtransportfahrer hat kürzlich einen jungen Mann mit Karateschlägen traktiert.») trifft erstens nicht zu und will zweitens nur von unseren ungleich wichtigeren Anliegen ablenken.»

Samstag, 11. Juni im Amsteg auf der Zwing-Uri: ab 14 Uhr Musik/Essen/ Trinken ab 21 Uhr Warnfeuer für Rothenthurm



Tausende protestierten am letzten Samstag in Bern gegen die US-Interventionen in Zentralamerika — unter ihnen auch der Kulturminister Nicaraguas, Ernesto Cardenal, und die guatemaltekische Menschenrechtskämpferin Julia Esquivel. Vor der amerikanischen Botschaft, am Schluss der Demo, prügelten sich eine Gruppe von Demonstranten und Leute vom Ordnungsdienst. Das Botschaftspersonal amüsierte



Weniger zahlreich machten sich donnerstags zuvor die Winterthurer Frauen bemerkbar: Sie demonstrierten gegen Vergewaltigungen — im Raum Winterthur waren in einer Woche zwei Frauen unter Todesdrohungen misshandelt worden — und forderten Gratistaxifahrten für Frauen, die sich erlauben, erst bei Dunkelheit nachhause zu kommen.



Im Laufe der letzten Monate wurden bei Micafil (gehört zur BBC) hundert Arbeitsplätze abgebaut und bereits wurden wieder neue Kündigungen ausgesprochen.
Nachdem die Betriebskommission nicht bereit war, eine Kundgebung zu veranstalten und auch eine beschlossene Unterschriftensammlung abgeblockt hatte, trafen
sich am letzten Mittwochnachmittag 50 Leute aus verschiedenen Branchen vor der
Fabrik, um den kampfwilligen Kollegen in der Micafil Schützenhilfe zu geben. Ein
Grossteil der Belegschaft versammelte sich im Hof und applaudierte den Votanten.

Aus dem Alltag von Teo und Kloo (VI)



WoZ-NEXT

Niklaus Meienberg, Publizist in Paris, berichtet, was er in den letzten Wochen erlebt hat. In:

WoZ Nr.24, 17. Juni 1983

